

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE POSITIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

Antworten der demokratischen Parteien der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestags auf unsere Fragen




Inwieweit setzt sich Ihre Partei für die Einhaltung der Zusagen für die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe sowie Klimafinanzierung ein?

CDU/CSU: Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem wirksamen Stopp illegaler Migration, der Bekämpfung von Terrorismus und der Zurückdrängung des geopolitischen Einflusses von Russland und China. Dabei wollen wir auch europäisch vorgehen und private Investitionen fördern. In diesem Sinne führen wir humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit angesichts ausgeprägter inhaltlicher Überschneidungen sowie aus Effizienzgründen wieder zusammen. Wir unterstützen andere Länder beim Klimaschutz. Dabei setzen wir auf Technologie- und Wissenstransfer mit Innovationen „Made in Germany“. Konkrete Finanzierungszusagen können jedoch zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund des Finanzierungsvorbehalts nicht getätigt werden.

SPD: Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe brauchen eine stabile finanzielle Grundlage. Wir wollen weiterhin mindestens 0,7 Prozent des

Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen aufwenden und unseren fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung bereitstellen. Auch von anderen Ländern fordern wir eine faire Beteiligung an der Entwicklungs- und Klimafinanzierung ein. Außerdem wollen wir neben öffentlichen auch private Investoren noch stärker mobilisieren, zum Beispiel durch erweiterte Garantien und neue Formen der Kooperation für ein gemeinsames einheitliches Vorgehen für Nachhaltigkeits- und Klimafinanzierung. Globale öffentliche Güter müssen in den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken, um begrenzte öffentliche Mittel zu hebeln und zu vervielfachen.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Deutschland muss ein verlässlicher Geber in humanitären Notlagen bleiben –

-  Entspricht zum Großteil den VENRO-Forderungen
-  Entspricht teilweise den VENRO-Forderungen
-  Entspricht nicht den VENRO-Forderungen

diesen Auftrag wollen wir weiter stärken. Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue Finanzierungsziele für die Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes.

FDP: Wir Freie Demokraten bekennen uns zur internationalen Verantwortung Deutschlands. Gleichzeitig wollen wir unsere Mittel effizienter einsetzen. Das bedeutet, dass wir die Mittel an den Stellen und in dem Umfang einsetzen, wo konkrete Bedarfe bestehen und eine nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. Generell wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit strukturell neu aufstellen und Doppelstrukturen abbauen. Dafür wollen wir das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Auswärtige Amt integrieren.

Wir stehen zu unseren Verpflichtungen im Rahmen des Klimaschutzabkommens und sehen gerade in den beschlossenen Kooperationsmechanismen große Chancen, globale Klimaschutzzusammenarbeit zwischen Industriestaaten und einkommensschwächeren Ländern eigenverantwortlich zu stärken. Denn Klimaschutz kann nur global gelingen. Um Klimaschutz bezahlbar zu halten, setzen wir auf Marktmechanismen, damit Maßnahmen verstärkt an den Stellen mit den geringsten CO₂-Vermeidungskosten ansetzen.

Die Linke: Beide sind für uns sehr wichtig. Statt historischer Kürzungen braucht es im Bundeshaushalt mindestens 12,2 Milliarden Euro Entwicklungsmittel jährlich. Millionen Menschen im Globalen Süden kämpfen mit lebensbedrohlichen Krisen wie Kriegen, Klimakatastrophe, Armut und Hunger. Es ist unsere Pflicht, zumindest ihre existenziellen Grundbedürfnisse zuzusichern. Um die

wichtige Arbeit der zahlreichen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfedauerhaft zu sichern, fordern wir eine verlässliche Mindestfinanzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die international vereinbarten 0,7 % des BNE, mindestens 0,2 % muss endlich an die ärmsten Länder (LDCs) fließen. Die internationale Klimafinanzierung muss mindestens acht Milliarden Euro jährlich betragen. Diese Gelder müssen zusätzlich sein und dürfen nicht wie bisher mit der Entwicklungszusammenarbeit verrechnet werden. Eine Verwendung von Entwicklungsgeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab.

Welche Mittel plant Ihre Partei für Humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen und wie stehen Sie zu einer Förderung von lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) von mindestens 30 Prozent?

CDU/CSU: siehe Frage 1

SPD: Durch Humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu festigen. Um dieser Aufgabe nachzukommen und auch bei neuen Krisen flexibel agieren zu können, muss die Finanzierung für humanitäre Hilfe verlässlich gesichert werden. Die im Grand Bargain vereinbarten Ziele behalten ihre Gültigkeit, für deren Umsetzung sich die SPD weiterhin aktiv einsetzt.

Wie wichtig eine weltweit freie und lebendige Zivilgesellschaft ist, erleben wir tagtäglich in der EZ-Arbeit. Zivilgesellschaft ist immer auch Trägerin demokratischen Wandels, Bündnispartner für Gleichstellung und entwicklungspolitischer Partner – insbesondere auch dort, wo die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr hinkommt. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade dafür noch mehr direkte Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir setzen uns weiter für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung von humanitärer Hilfe auf der Grundlage der humanitären Prinzipien ein. Die für humanitäre Hilfe bereitgestellten Mittel sollen dabei flexibler einsetzbar sein, um die Arbeit in fragilen Kontexten zu erleichtern. Zudem soll die Planbarkeit für Organisationen weiter verbessert werden, indem Mittel mehrjährig vergeben werden. Unser Ziel ist eine nachhaltige und vorausschauende Finanzierung der humanitären Hilfe. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch lokalen humanitären Organisationen zu. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung die Mittel, die ihnen zugutekommen, deutlich gesteigert. Dies wollen wir weiter verfolgen. Wir sprechen uns zudem für eine gendersensible Vergabep Praxis aus, denn Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen müssen besonders unterstützt werden. Wichtig ist uns außerdem, dass auch sogenannte „vergessene“ Krisen nicht aus dem Blick geraten.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung weiterhin gerecht wird und setzen uns im Zuge dessen für eine gesicherte Finanzierung der humanitären Hilfe ein. Wir wollen in bilateralen diplomatischen Gesprächen auf eine Geberdiversifizierung (beispielsweise bei den Golfstaaten) hinwirken. Der UN Funding Compact und Grand Bargain gibt der multilateralen humanitären Hilfe einen wichtigen Orientierungsrahmen, in dem auch die Lokalisierung von humanitärer Hilfe einschließlich ihrer Finanzierung eine wichtige Rolle spielt. Wir setzen angesichts der zahlreichen Krisen und Katastrophen auf der Welt auf einen effizienten Einsatz der verfügbaren Mittel und wollen die humanitäre Hilfe stärker in multilateralen Organisationen bündeln.

Die Linke: Für humanitäre Hilfe wollen wir im Bundeshaushalt mindestens 3,2 Milliarden Euro jährlich bereitstellen. Die 30- Prozent-Förderung für lokale und internationale NRO begrüßen wir.

Angesichts der zunehmenden Konflikte, Naturkatastrophen und Hunger muss die Finanzierung der humanitären Hilfe entsprechend des humanitären Völkerrechts erhöht und nach Bedarf vergeben werden und nicht aufgrund außen- oder sicherheitspolitischer und geopolitischer Interessen. Die Mittel müssen flexibel und präventiv einsetzbar sein, um auch in wenig beachteten Konflikten überlebensnotwendige Hilfe zu gewährleisten, Menschen in akuten Notlagen und insbesondere die Schwächsten wie Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu schützen. Bei der Mittelvergabe sollen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts, wie Menschlichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit geachtet werden.

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen und inwiefern setzt sich Ihre Partei für deren Fortführung ein?

CDU/CSU: Deutschland hat als eine der führenden Industrienationen eine große Verantwortung, entscheidend zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Welt beizutragen. Wir wollen daher, dass auch künftig die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030) ein wichtiger Maßstab für das Handeln der Bundesregierung ist. Wir wollen faktenbasiert anhand der jeweiligen aktuellen Indikatorenberichte systematisch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie fortentwickeln und entschlossen umsetzen.

SPD: Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik bleibt die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie Ungleichheit weltweit. Als einen wesentlichen Baustein sehen wir den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie mehr internationale Steuergerechtigkeit. Soziale Sicherung schafft Sicherheit in Krisen und beugt ihnen zugleich vor. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung muss einhergehen mit guter Arbeit

weltweit, gerechten Löhnen und der Einhaltung von menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards. Weiter werden wir eine Globale Allianz für Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern zur Einführung einer Milliardärssteuer vorantreiben. Diese soll für die Finanzierung des Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur Klimafinanzierung, herangezogen werden. Wir setzen uns darüber hinaus für die schnellere Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in ihrer ganzen Bandbreite ein.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir stehen ein für die Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030. Es braucht einen Endspurt auf nationaler und internationaler Ebene ebenso wie ambitionierte Folgeziele. Ressortübergreifendes Handeln, orientiert am Leitbild nachhaltiger Entwicklung, ist dafür maßgeblich. Zukunftsfähiges Handeln bei uns und weltweit soll belohnt werden. Die gesellschaftlichen Folgekosten für künftige Generationen werden wir deutlicher benennen und einbeziehen. Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten und vulnerabelsten Länder. Wir wollen eine eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Unser internationaler Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter Repräsentanz in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale Foren zukunftsfähig.

FDP: Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und dem Pariser Klimaabkommen. Wir fordern eine Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie entlang dieser Ziele. Die SDGs leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer nachhaltigen Globalisierung. Nachhaltige Entwicklung sehen wir als eine Chance für mehr Freiheit – für

die Menschen heute und für kommende Generationen. Die drängenden globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Umweltzerstörung, Fluchtbewegungen und erodierende Gemeinwesen machen ein besser abgestimmtes europäisches und internationales Vorgehen notwendig. Derzeit fehlt es den deutschen Ressorts an Koordination und einer übergreifenden Gesamtstrategie. Mit einer modernen, innovativen Entwicklungspolitik wollen wir unsere Partnerländer dabei unterstützen, die Potenziale der Digitalisierung, Automatisierung und Urbanisierung effektiv zu nutzen und nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

Die Linke: Die kommende Legislatur muss genutzt werden, um konsequente Maßnahmen zur Erreichung der UN-Agenda 2030 zu ergreifen. Wir wollen Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sicherstellen, Landraub durch Großkonzerne verhindern, Kleinbäuer*innen fördern, lokale Produzenten vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen und Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. Wir fordern, dass das Menschenrecht auf Gesundheit gestärkt wird. Wir wollen massive Investitionen in den Klima- und Umweltschutz. Wir fordern den sozialen und ökologischen Umbau von Wirtschaft, Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe und den Aufbau nachhaltiger Wertschöpfung vor Ort. Unternehmen sind mit einem starken Lieferkettengesetz ohne Ausweichmöglichkeit in die Pflicht zu nehmen. Kurz: Alle Politikbereiche sind auf die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele auszurichten und benötigen eine finanzielle Aufstockung. Wir brauchen messbare, zeitlich gebundene Zielsetzungen und die Einrichtung entsprechender Monitoring-Systeme.

Inwiefern setzt sich Ihre Partei für die Reform der internationalen Finanzarchitektur ein und welche Veränderungen möchte Ihre Partei bewirken?

CDU/CSU: Durch die Pandemie und die zunehmende geostrategische Rivalität gab es in den letzten Jahren einen Rückschlag bei der Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens von Paris zum Klimaschutz. In dieser schwierigen Lage erfüllt die aktuelle internationale Architektur nicht die Aufgabe, eine stabile Langzeitfinanzierung für die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Wir treten daher für die Reform der internationalen Finanzarchitektur ein, sehen aber auch die institutionellen Schwierigkeiten, diese zu erreichen. Daher kommt es nun auch darauf an, rasch gemeinsame Positionen in Europa zu formulieren und mit anderen wichtigen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren Initiativen zu ergreifen, um die reformorientierten Staaten des Globalen Südens bei ihrer Entwicklung und in Sachen Klimaschutz unterstützen zu können, auch durch Mobilisierung von privatem Kapital.

SPD: Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds wollen wir die internationale Finanzarchitektur gerechter machen. Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Wir wollen einen ehrlichen Dialog über eine gerechtere Beteiligung des globalen Südens in den internationalen Finanzinstitutionen führen. Damit knüpfen wir an die von Entwicklungsministerin Svenja Schulze erfolgreich vorangetriebene Reform der Weltbank in dieser Legislaturperiode an. Für hochverschuldete Länder setzen wir neben Entschuldungsinitiativen zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer Verpflichtungen gegen Investi-

tionen in die soziale und ökologische Transformation.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir setzen uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir wollen außerdem darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden. Dazu tragen wir zum Beispiel dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung fossiler Energieträger zurückziehen. Wir unterstützen die UN-Initiative einer Steuerrahmenkonvention, die internationale Besteuerungslücken schließt. Zudem unterstützen wir den Vorschlag einer globalen Besteuerung von Superreichen, den Brasilien im Rahmen der G20 gemacht hat.

FDP: Verglichen mit der Zeit vor der Corona-Pandemie hat sich die Verschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern ungefähr verdreifacht. Schuldendienstzahlungen erreichten 2023 ein Rekordniveau und drohen weiter zu steigen – mit gravierenden Konsequenzen für Millionen Menschen in den über-schuldeten Ländern und die Stabilität des globalen Finanzsystems. Wir Freie Demokraten wollen deshalb ein Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen schaffen und private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Ein solches Verfahren soll gewährleisten, dass überschuldete Staaten schnell wieder an den Kapitalmarkt zurückkehren. Klare Haftungsregeln verhindern, dass private Kapitalgeber sich bei der Kreditvergabe an hoch verschuldete Staaten zurückhalten und so eine übermäßige Verschuldung gar nicht entsteht. Solidität schafft Vertrauen und Vorbildcharakter. Umso wichtiger ist, dass Deutschland ein finanzpolitischer Stabilitätsanker bleibt.

Die Linke: Die Linke tritt für einen Umbau der internationalen Finanzarchitektur ein. Wir wollen die globale und europäische Mindeststeuer für Unternehmen erhöhen und eine globale Mindeststeuer für Milliardäre einführen. Entgegen Versprechungen von BMZ-Ministerin Svenja Schulze (SPD) hat die Bundesregierung Vorschläge der brasilianischen G7-Präsidentschaft zu einer weltweiten Superreichensteuer torpediert. Das halten wir – angesichts wachsender globaler Ungleichheit – für grundfalsch. Wir fordern, dass die internationalen Finanzmärkte reguliert werden. Eine Finanztransaktionssteuer soll schnelle Spekulationsgeschäfte unattraktiv machen. Wir wollen faire Kooperationsabkommen anstelle von Freihandelsabkommen. Es braucht einen Schuldenstopp für Länder des globalen Südens und eine Entschuldungsinitiative. Weltbank und der Internationaler Währungsfonds (IWF) müssen in den Dienst von nachhaltiger Entwicklung von Ökonomien, den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften und den Umwelt- und Klimaschutz gestellt werden.

Welche Maßnahmen sieht ihre Partei vor um sicherzustellen, dass außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Handeln Deutschlands kohärent und menschenrechtsbasiert ist und zivilgesellschaftliche Handlungsräume nicht negativ beeinflusst?

CDU/CSU: Wir wollen den Bundessicherheitsrat zu einem Nationalen Sicherheitsrat entwickeln. Der Nationale Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt soll die wesentlichen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik koordinieren, Strategieentwicklung und strategische Vorausschau leisten und in Krisenlagen das Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung sein. Dazu müssen wir uns auch strategisch neu aufstellen. In unserem ersten Regierungsjahr unterziehen wir daher die mit Mängeln behaftete bisherige Nationale Sicherheitsstrategie einer grundlegenden

Überprüfung und werden eine neue, selbstverständlich auf den Menschenrechten basierende Nationale Sicherheitsstrategie beschließen. Sie muss die neue Bedrohungslage konkret beschreiben, unsere Interessen gezielt definieren und operative Ableitungen für die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik treffen und so auch für Kohärenz politischen Handelns sorgen.

SPD: Wir stehen für die internationale Solidarität und für die universelle Geltung der Menschenrechte. Dafür braucht es starke Institutionen wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Internationalen Strafgerichtshof. Für einen wirksamen und effizienten Außenhandel der Bundesregierung braucht es einen ganzheitlichen und vernetzten Ansatz der Ministerien – insbesondere des Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungsministeriums. Diese Ziele sind auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie festgeschrieben. Bestehende Koordinierungsformate wollen wir konsequent fortführen und da, wo es sinnvoll ist, weiterentwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ein. Dazu dient die Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie, ein ressortgemeinsames Lagezentrum sowie ein neues Zentrum für strategische Vorausschau. Menschenrechte und menschliche Sicherheit sind Leitprinzipien unserer Politik. Die globalen Herausforderungen unserer Zeit gehen wir mit starken internationalen Partnerschaften an. Handelsabkommen wollen wir fair und nachhaltig gestalten, die EU-Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch und ambitioniert in deutsches Recht übertragen. Ein Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen sowie hohe Standards bei Klima- und Naturschutz und Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte sind die Grundlage. Zugleich wird unsere Wirtschaft so vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb und vor Ausbeutung

oder Umweltzerstörung in anderen Ländern geschützt.

FDP: Für uns Freie Demokraten sind die Menschenrechte ein Grundpfeiler unserer Außenpolitik. Im System-wettbewerb mit Russland und China sehen wir in ihnen ein klares Unterscheidungskriterium, weshalb sie mehr denn je in bilateralen, regionalen und multilateralen Formaten verteidigt werden müssen. Um eine kohärente internationale Politik aus einem Guss zu erreichen, wollen wir neben der Eingliederung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Auswärtige Amt auch einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten. Dieser soll sowohl die Koordination zwischen den Ministerien verbessern als auch strategisches Handeln stärken. Ein Nationaler Sicherheitsberater soll zudem, außen- und sicherheitspolitisch notwendige Entscheidungen von strategischer Bedeutung in der Bundesregierung vorantreiben. Zudem setzen wir uns für einen besseren Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Perspektiven ein. Statt nur reaktiv zu denken, wollen wir die Menschenrechtspolitik strategisch und proaktiv gestalten.

Die Linke: Die Linke steht zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN. Statt Schuldenbremse und historischer Haushaltskürzungen bei AA und BMZ braucht es eine nachhaltige Finanzierung der internationalen Arbeit am tatsächlichen Bedarf. In Zeiten geopolitischer Verschiebungen mit Machtkämpfen und Kriegen sind eine Rekordzahl von Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Jetzt ist die Stärkung von Völkerrecht, ziviler internationaler Organisationen, Frieden, Abrüstung und Konfliktprävention essentiell. Wir fordern den Stopp von Deutschlands Waffenexporten und stärkere Rechte des Bundestages bei der Kontrolle der Bundesregierung (Exportgenehmigungen). Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen sind Menschenrechte, Schutz

von Frauen, Mädchen, LGBTIQ+, Kindern und Jugendlichen. Eine Verwendung von Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Das Lieferkettengesetz wollen wir stärken.

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um Menschenrechtsverteidiger_innen zu schützen?

CDU/CSU: Für uns sind Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich, bei uns in Deutschland, Europa und der Welt. Wir treten entschieden allen Versuchen entgegen, Menschenrechte aufzuweichen und Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen. Auch bekämpfen wir entschlossen Desinformation, Manipulationsversuche der öffentlichen Meinung und Unterhöhnung der demokratischen Entscheidungsprozesse. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Staaten und zivilgesellschaftlichen Partnern setzen wir uns diesem Streben auch im internationalen Rahmen entschlossen zur Wehr.

SPD: Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren.

In der internationalen Arbeit setzen wir auf eine freie und lebendige Zivilgesellschaft weltweit. Denn ohne sie sind der Schutz von Demokratie und Menschenrechten undenkbar. Gerade in autokratisch regierten oder durch Fragilität gekennzeichneten Ländern wollen wir zivilgesellschaftliche Akteure als Partner gewinnen und fördern. Um Brücken in Partnerländer zu bauen, braucht es auch die tatkräftige Unterstützung der deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen ebenso wie die der politischen Stiftungen, der Gewerkschaften und Kirchen mit ihren Netzwerken vor Ort.

Bündnis 90/Die Grünen: Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Die Möglichkeit, sich einzubringen, braucht Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen Programme wie „Demokratie leben!“ finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz absichern. Außerdem setzen wir uns für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht und eine stärkere Ahndung von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich Engagierten ein. Auch international setzen wir uns für lebendige Zivilgesellschaften ein. Mit der Hannah-Arendt-Initiative haben wir ein Programm für gefährdete Journalist*innen in ihrem Heimatland wie im Exil geschaffen, bereits bestehende Schutzprogramme haben wir ausgebaut. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

FDP: Autokratien wie China und Russland untergraben systematisch Völkerrecht und Menschenrechte. Sie wollen die Welt in Einflusszonen aufteilen und das Recht des Stärkeren durchsetzen. Wir lehnen dies ab und setzen uns für eine regelbasierte, multilaterale Weltordnung ein. Das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist für uns unverhandelbar. Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Diskriminierung müssen konsequenter geahndet werden. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie beim Abbau von Frauenrechten wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden Minderheiten und Gruppen weiter erreicht. Dazu muss Deutschland auch mit regierungsfernen Partnern arbeiten und im Zweifelsfall die Streichung von Budgethilfen prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen

Einrichtungen beenden.

In Deutschland bekämpfen wir transnationale Repressionen und schützen Freiheitsrechte. Eine funktionierende Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Arbeit wollen wir stärken und auch von Bürokratie entlasten (z. B. für Vereine und bei Förderprogrammen). Wir verteidigen die Institutionen der liberalen Demokratie gegen Angriffe von Extremisten und gegen die Unterwanderung durch autoritäre Regime. Wir bekämpfen Diskriminierung und Hasskriminalität gegen LSBTI, setzen den Aktionsplan „Queer leben“ fort und stärken die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell. Erfahrbare Demokratie und Politik sowie Medienkompetenz wollen wir zudem stärker in schulischen Lehrplänen verankern.

Die Linke: Die Linke will zivilgesellschaftliche Organisationen im Inland und international wirksam und verlässlich stärken. Im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung angekündigt, Menschenrechte und Demokratie weltweit zu fördern und die Zusammenarbeit mit NGOs, Vereinen und Basisorganisationen zu stärken. Tatsächlich hat die Ampel die Mittel für internationale Zusammenarbeit in historischem Ausmaß gekürzt und Zusammenarbeit mit Organisationen eingestellt. Einschränkungen durch Regierungen, etwa durch Anti-Terror-Gesetzgebung, Sicherheitsgesetze, Militär oder Handelsverträge stellen wir uns entgegen. Den Zugang zu nachhaltigen, verlässlichen finanziellen Ressourcen aus öffentlichen Mitteln wollen wir zivilgesellschaftliche Organisationen im Inland und international garantieren. Menschenrechtler*innen und Umweltaktivist*innen wollen wir schützen und vor Kriminalisierung bewahren. Die Linke will im Bundeshaushalt mindestens 650 Millionen Euro jährlich für zivilgesellschaftliche Organisationen bereitstellen, die in der humanitären Hilfe tätig sind und sich in Notlagen für die Bevölkerung einsetzen.

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um die Bedürfnisse und die Mitbestimmung vulnerabler/marginalisierter Gruppen in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe zu stärken?

CDU/CSU: Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns daher für vulnerable und marginalisierte Gruppen einschließlich ethnischer und religiöser Minderheiten ein. Dabei stehen insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen sowie die Belange verfolgter und bedrängter Christen in unserem besonderen Fokus. Angesichts ausgeprägter inhaltlicher Überschneidungen sowie aus Effizienzgründen führen wir humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wieder zusammen.

SPD: Wir werden noch stärker darauf dringen, dass strukturelle Ungleichheiten abgebaut werden, etwa durch die gezieltere Förderung von Frauen sowie lokalen und regionalen Infrastrukturen, Märkten und Institutionen. Dazu gehört auch die Fortsetzung der strukturellen Einbindung der Diaspora in Deutschland. Uns ist wichtig, dass eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik alle Mitglieder einer Gesellschaft in den Blick nimmt und auf die Überwindung patriarchaler und postkolonialer Machtstrukturen dringt. Das macht Gesellschaften gerechter und resilienter. Geleitet werden wir vom Ansatz der 3R: Rechte verwirklichen, Zugang zu Ressourcen und Repräsentanz herstellen. Stärken wollen wir auch die weltweite Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Bündnis 90/Die Grünen: Unsere internationale Zusammenarbeit ist menschenrechtsbasiert und inklusiv. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein. Eine solche Politik identifiziert ungerechte Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel, sie zu durchbrechen. Sie bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Reprä-

sentation von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen, auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Durch eine stärkere Lokalisierung der Zusammenarbeit wollen wir lokales Wissen, Expertise und Lösungsansätze fördern. Der Zugang zu Information, Partizipation und Beschwerdemechanismen soll niedrigschwellig und in lokalen Sprachen gewährleistet sein. All diese Maßnahmen stärken die Rechte der indigenen und lokalen Bevölkerung sowie marginalisierter Gruppen und dienen der Förderung.

FDP: Gute Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte müssen von allen Geberländern konsequent gefördert werden. Insbesondere der Schutz von Frauen und Kindern ist uns ein wichtiges Anliegen. Bei der Gefährdung von Menschenrechten und dem Schutz vulnerabler Gruppen wollen wir in diesen Ländern verstärkt mit der Zivilgesellschaft, NGOs und Stiftungen zusammenarbeiten, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Kooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit mit regelverletzenden Partnern müssen notfalls beendet und alternative Partner ins Auge gefasst werden. In der humanitären Hilfe sind konsequentes Monitoring, Effizienzbewertung, geeignete Schutzmechanismen – wie Richtlinien beteiligter NGOs gegen sexuellen Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt sowie gesicherte Anlauf- und Ausgabestellen für vulnerable Gruppen – und die Beteiligung Betroffener entscheidend, um die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen zu berücksichtigen und ihre Mitbestimmung zu stärken.

Die Linke: Die Stärkung marginalisierter Gruppen in Ländern des Globalen Südens ist grundlegend. Deren Lebensverhältnisse stehen in direkter Abhängigkeit zu Politik und Wirtschaftsweise der Industrieländer, wobei oftmals koloniale Kontinuitäten weiterbestehen. Für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe setzen wir auf institutionelle Stär-

kung der politischen Einflussnahme marginalisierter Gruppen auf die deutsche Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe durch direkte Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, da diese die Bedürfnisse vor Ort am besten kennen. Die Linke setzt sich für eine gezielte, nachhaltige Finanzierung feministischer Außenpolitik ein, mindestens 20 Prozent der BMZ-Mitteln sind für die Erreichung primärer Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Der Gender-Aktionsplan des BMZ muss finanziell unterlegt sein. Im AA führen wir eine Förderquote von 20 Prozent für gender-targeted und gendertransformative Programme in der humanitären Hilfe ein. Alle Maßnahmen gestalten wir gendersensibel.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Dorothee Baldenhofer

Berlin, Februar 2025